

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 22 (1919-1920)

Artikel: Das grosse Misstrauen
Autor: Fernau, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-750146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

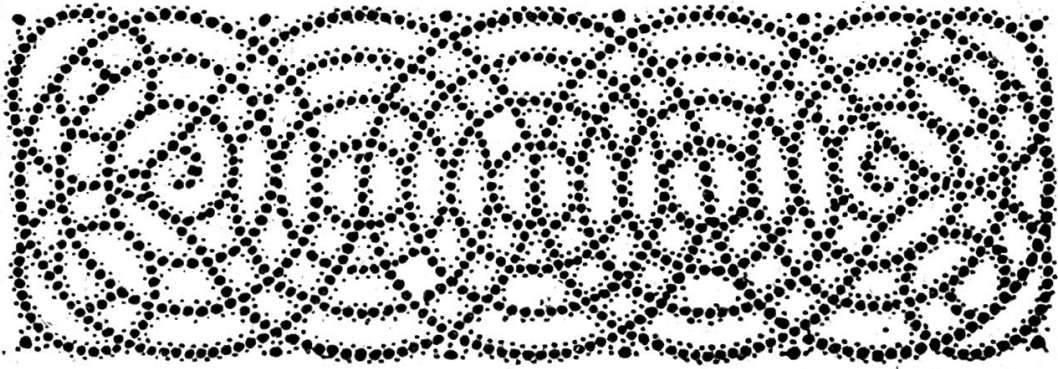
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



DAS GROSSE MISSTRAUEN

Mit der militärischen Besetzung rechtsrheinischer Städte als Repressalie für den Einmarsch deutscher Reichswehrtruppen in die neutrale Zone hat Frankreich abermals gezeigt, dass es dem neuen Deutschland noch immer unüberwindliches Misstrauen entgegenbringt und dass dieses Misstrauen noch immer die Richtlinien seiner Politik bestimmt. Gewiss war Frankreich auch hier, ganz wie seinerzeit in der Kriegsgefangenenfrage, *formal* im Recht, denn das deutsche Vorgehen war offenbar eine Verletzung des Versailler Vertrages; moralisch und völkerrechtlich aber befand sich Frankreich im Widerspruch zu dem im Versailler Völkerbundsvertrag festgelegten pazifistischen Grundsatz, wonach zwischenstaatliche Konflikte tunlichst ohne militärische Gewaltanwendung zu schlichten sind.

Die französische Regierung begründete die Besetzung mit der Erklärung, dass sie nicht ruhig zusehen könne, wie in Deutschland unter dem Vorwand der Ruhestiftung die Militärpartei abermals ihr Haupt erhebe. In der französischen Presse war bei dieser Gelegenheit wieder viel von den „Intriguen des deutschen Militarismus“, von der „deutschen Drohung“ und sogar von der „Vorbereitung des Revanchekrieges“ zu lesen. Wer in den Noten Millerands und in den Kommentaren der bürgerlichen Presse Frankreichs den Ausdruck der französischen Volksmeinung sieht, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ganz Frankreich noch immer von der Idee beherrscht ist, als habe der deutsche Militarismus nichts von seiner ehemaligen Macht und Gefährlichkeit verloren und als sei ganz Deutschland heute von dem Willen zum Revanchekrieg beseelt. Denn wenn selbst hier, wo besagter Militarismus offenbar

nur eine Polizeifunktion ausübte und sich bis zur Verhandlung mit revolutionären Arbeiterführern herablassen musste (man stelle sich das nur unter Wilhelm II. vor), noch von einer deutschen Drohung gesprochen werden darf, dann grenzt das fast an Verfolgungswahn.

England, Italien und Amerika, die dem neuen Deutschland objektiver gegenüberstehen, haben der französischen Regierung zu verstehen gegeben, dass der Einmarsch in rechtsrheinische Städte übereilt und ungerechtfertigt war und dem Geiste des in Versailles begründeten Völkerbundes widerspreche. Herr Millerand hat einlenken und versprechen müssen, in Zukunft ähnliche eigenmächtige Aktionen gegen Deutschland zu unterlassen. Inzwischen ist der Maingau, nachdem die Ruhe im Ruhrgebiet wieder hergestellt und die Reichswehr abmarschiert ist, von den Franzosen und Belgiern wieder geräumt worden. Die Konferenz der Verbündeten in San Remo hat dann mit der Erklärung, dass neue Militärputsche und antidemokratische Anschläge in Deutschland von Seiten der Entente mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen beantwortet werden würden, einen vorläufigen Schlusspunkt hinter diese Episode gesetzt. Sie hat ferner mit der Einladung an die deutsche Regierung, einen gleichberechtigten Vertreter zwecks direkter Verhandlungen nach Spaa zu entsenden, eine begrüßenswerte Versöhnlichkeit gegenüber dem Besiegten gezeigt.

Insofern sich Frankreich bereit erklärt hat, in Sachen der weiteren Behandlung Deutschlands fortan mehr Rücksicht auf die Wünsche der Verbündeten zu nehmen, könnten wir mit der Erledigung der Angelegenheit wohl zufrieden sein. Leider ergibt sich aber aus diesem Zwischenfall und ganz besonders aus dem Widerstand, den Frankreich den geplanten direkten Verhandlungen in Spaa bis jetzt entgegensetzt, für uns deutsche Demokraten die quälende Gewissheit, dass in Frankreich noch immer jene Partei regiert, die aus dem *Misstrauen gegen Deutschland einen Grundsatz der französischen Politik* gemacht hat und eben damit zu einer Beunruhigung für ganz Europa zu werden droht. — Einsicht, Weitsicht und Vorsicht waren niemals die Tugenden reaktionärer und militaristischer Politiker. Wer berufs- und traditionsgemäß die Waffengewalt als alleinige Schafferin des Rechts fühlt und verwendet, der wird seinem Lande immer nur Augenblickserfolge sichern, ihm zuletzt aber die Sympathien der Welt entfremden.

Napoleon und Bismarck waren für ihre Länder der Ruhm einiger Jahre, aber der Fluch vieler Jahrzehnte. Generäle sind eben niemals Psychologen und nur ganz selten Historiker. Sie stellen die Interessen des Soldaten an die Spitze der Zivilisation und glauben, um mit Bismarck zu reden, dass man ungestört den Hass des Nachbarn in Kauf nehmen kann, wenn man ihm nur Furcht einflößt.

Auch Marschall Foch, der seit dem Siege die Entschlüsse der französischen Regierung maßgebend beeinflusst, ist kein Psychologe. Wäre er das, dann hätte er sich sagen müssen, dass das Erscheinen französischer (und sogar marokkanischer) Truppen in friedlichen deutschen Städten auf keinen Fall ein Schutz Frankreichs und noch weniger eine Unterstützung der deutschen Arbeiter in ihrem Kampf gegen den Militarismus sein konnte; er hätte sich, über die Gegenwart hinausdenkend, sagen müssen, dass diese Besetzung im Gegenteil eine eminent haßsäende Wirkung auf das deutsche Volk ausüben, dass sie den deutschnationalen Hetzern wieder einmal vorzüglichen Agitationsstoff gegen die Demokratie liefern und zuletzt eine franzosenfeindliche Stimmung beim Besiegten auslösen würde, die kein Schutz, sondern eine neue Bedrohung Frankreichs ist. Er hätte dann die militärische Besetzung des Maingauers erst nach reiflicher Prüfung aller *anderen* (von den Völkerbundssatzungen empfohlenen) Möglichkeiten ins Auge gefasst, seinem Lande eine diplomatische Niederlage, uns deutschen Demokraten eine neue Enttäuschung und der dringend notwendigen deutsch-französischen Annäherung eine abermalige Hinauszögerung erspart.

* * *

Nachdem die eigenen Verbündeten der französischen Regierung zu verstehen gegeben haben, dass sie nicht länger an die französischerseits behauptete „Gefahr des deutschen Militarismus“ glauben, erübrigt es sich fast, hier nochmals die französische These zu widerlegen.

Das was man heut noch deutschen Militarismus nennen kann, ist auf keinen Fall mehr eine Bedrohung des Weltfriedens:

Erstens gehört heut in Deutschland die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht mehr, wie ehemals, einem einzelnen, unverantwortlich regierenden Mann, sondern verfassungsgemäß dem

deutschen Volk. Da es nun in der langen Weltgeschichte kein einziges Beispiel dafür gibt, dass ein Volk in freier Abstimmung jemals einen Eroberungskrieg beschlossen hätte, so darf man füglich auch von dem souverän gewordenen deutschen Volk eine friedliche Politik erwarten.

Zweitens ist Deutschland heut mit ganz anderen Dingen beschäftigt als mit der Vorbereitung neuer Kriege. Wie werden wir leben? Was werden wir essen? Wo, wie heut in Deutschland, auf solche Grundfragen der Existenz noch immer ein verzweifelter Achselzucken die einzige Antwort ist, dort hat das Volk weder Zeit noch Lust, auf die verbrecherischen Schwätzer zu hören, die unaufhörlich versuchen, ihm die Frage: Wie werden wir uns rächen? vorzulegen.

Drittens enthält der Versailler Vertrag so scharfe Bestimmungen über die Entwaffnung und Wiedergutmachungspflicht Deutschlands, dass, wenn selbst nur ein Drittel dieser Bestimmungen durchgeführt wird, Deutschland auf Jahrzehnte hinaus nicht an neue Kriege denken kann.

Viertens endlich hat die glänzende Abweisung des Kapp-Lüttwitz-Putsches klar bewiesen, dass heut niemand mehr in Deutschland gegen die deutsche Arbeiterschaft regieren kann. Eine *neue deutsche Welt* ist im Werden begriffen und *ihr Fundament* ist, wie der Kapp-Putsch gelehrt hat, *eine gründlich antimilitaristisch gesinnte Arbeiterschaft*. Unter gar keinen Umständen würde diese Arbeiterschaft die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht dulden; und ohne die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ist auch keine deutsche Weltmachtpolitik mehr denkbar.

* * *

Nun gibt es freilich im heutigen Deutschland noch allerhand Symptome, die darauf hindeuten scheinen, dass der Militarismus nur scheinot ist und nur auf eine günstige Gelegenheit lauert, sich abermals der Herrschaft zu bemächtigen,

So muss zum Beispiel schon die Zusammensetzung und Haltung der neuen deutschen Reichsregierung Bedenken einflößen. Was nutzt es, dass die deutschen Volksmassen die Demokratie wollen, wenn die Männer an der Spitze keine Freude an der Verantwortung zeigen und aus lauter Parteirücksichten nicht den Mut

aufbringen, einmal kräftig gegen die Reaktion durchzugreifen? Die heutige deutsche Regierung besteht aus wohlmeinenden, aber durch allzu ängstliche Rücksichtnahme auf Parteidisziplinen energielos gewordenen Männern. Sie führt eine vorsichtige *juste milieu* Politik, die nach außen hin den Eindruck der Schwäche und Unschlüssigkeit macht und nach innen hin die extremen Elemente von rechts und links indirekt zu neuen Umsturzversuchen ermutigt. So zum Beispiel ist von den verantwortlichen Führern des Kapp-Putsches noch keiner verhaftet, geschweige denn bestraft worden; man hat zwar Steckbriefe erlassen, die Vermögen einiger Rädelsführer beschlagnahmt und einige Entlassungen, Versetzungen usw. vorgenommen, aber von einer durchgreifenden Abrechnung mit der Reaktion, wie man sie nach einem solchen Ereignis wohl erwarten durfte, ist noch immer keine Rede. — Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen im Ausland die Meinung entsteht, dass eine Handvoll tollkühner Reaktionäre abermals imstande sein könnte, diese Regierung wegzufegen und, bessere Organisation des Putsches vorausgesetzt, aus Deutschland abermals ein militaristisches Staatswesen zu machen.

Diese schwächlich-ängstliche Haltung der derzeitigen deutschen Regierung erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, dass die junge deutsche Republik *noch keine zuverlässige republikanische Wehrmacht* besitzt. Die „Reichswehr“ wird nach wie vor von den Offizieren der alten Armee beeinflusst und geführt. Wollte man sämtliche monarchistisch gesinnten Offiziere dieser Reichswehr entlassen und durch republikanische ersetzen, dann wäre diese Armee bald eine Truppe ohne Führer. Denn wo sollen die republikanisch gesinnten Offiziere so schnell herkommen? — Der neue Reichswehrminister Gessler ist außerstande, die Bestrafung der Kappleute, die Entwaffnung und Auflösung der „Baltikum“truppen usw. so durchzuführen, wie er es wohl gern möchte. Die „Baltikumer“, die verschiedenen „Freikorps“, gewisse Reste der „Zeitfreiwilligen“ und was sonst noch an monarchistischen Elementen in der Armee vorhanden ist, haben sich nach Mecklenburg, Pommern und Schlesien zurückgezogen. Ihre Führer spotten den Befehlen der Berliner Regierung, drohen mit neuen Putschen, werben neue Truppen, agieren unter der Studentenschaft und spielen sich so ernsthaft als die kommenden Herren Deutschlands auf, dass der Fernstehende

meinen könnte, der Kapp-Putsch sei nur die „Generalprobe“ zur bevorstehenden Gegenrevolution gewesen. Und doch ist das Ganze kaum mehr als eine mit erhabenen Gesten gespielte Militärposse, denn die „weiße Armee“ dürfte alles in allem nicht mehr als 5000 Mann zählen.

* * *

Diese und manche andere Erscheinungen (von denen ich später berichten werde) sind, wenn der Ausdruck erlaubt ist, die normalen, unvermeidlichen Geburtswehen der deutschen Republik. Es ist klar, dass diese Geburtswehen noch nicht beendet, dass vielmehr die Republik in den nächsten Jahren noch harte Kämpfe um ihre Existenz wird führen müssen. Warum sollten die Mächtigen von gestern nicht alle Hebel in Bewegung setzen, um etwas von ihrer verlorenen Macht zurückzuerobern? Warum sollte der Offizier, der gestern allmächtig in Deutschland war und der heute gedemütigt, beschäftigungslos durch die Straßen schleicht, nicht von dem brennenden Verlangen verzehrt sein, die Republik zu stürzen, um im Verein mit den gleichfalls abgesägten Junkern, Höflingen und sonstigen Leidtragenden der Revolution seine Herrschaft wieder aufzurichten? Und wie könnten wohl die in der Reichswehr verbliebenen Offiziere, deren ganze Erziehung auf der Königsidee beruht, trotz ihres auf die neue Verfassung geleisteten Eides, heute schon als zuverlässige Schutzwehr der Republik gegen reaktionäre Übergriffe gelten? Die Belehrung und Bekehrung dieser antirepublikanischen Elemente kann nur das Werk einer langsamen Entwicklung sein. Waren nicht auch in Frankreich noch Jahrzehnte *nach* Sedan zahlreiche, aus gewissen Kreisen hervorgegangene Offiziere die geheimen Träger monarchistischer Bestrebungen? Man verlange von der deutschen Republik in Sachen der Umwertung aller Werte nichts Unmögliches und berücksichtige die geschichtlichen Analogien anderer Völker.

Auf jeden Fall lässt sich sagen, dass diese unvermeidlichen Begleiterscheinungen des Kampfes um die deutsche Demokratie keinerlei Gefahr mehr für den Weltfrieden bedeuten. Die Art aber, wie Frankreich bisher in diesen Kampf eingegriffen hat, war wenig geeignet, die militaristischen Drahtzieher zu entmutigen. Frankreich mag hundert berechtigte Gründe haben, der deutschen Republik

zu misstrauen, es darf dieses Misstrauen auf keinen Fall, wie es hier geschah, mit herausfordernden *militärischen* Gesten demonstrieren. Denn damit liefert es dem deutschen Militarismus nicht nur neuen Agitationsstoff, sondern es entfremdet sich auch diejenigen Elemente in Deutschland, die nichts besseres wünschen, als Hand in Hand mit Frankreich an der Befestigung des europäischen Friedens zu arbeiten.

Eine französisch-deutsche Annäherung ist das dringendste Gebot der Stunde; damit sie endlich einen Schritt vorwärts mache, ist französischerseits erforderlich, dass *die Legende* von dem „unverbesserlich militaristisch gesinnten deutschen Volk“ *endlich aufhöre*, die Entschlüsse der französischen Diplomatie zu beeinflussen. Die militärische Besetzung des Maingauers als Repressalie für den Vertragsbruch der deutschen Regierung war nichts als die Übertragung dieser Legende in die praktische Politik; sie hat sich als zweckwidrig, ruhestörend und überflüssig erwiesen. Hoffen wir, dass sie die letzte Leidensstation auf dem Dornenweg der deutsch-französischen Missverständnisse war und dass von hier und heute an einer langsamen, vernunftgemäßen Annäherung beider Völker nichts mehr im Wege steht.

BERLIN

HERMANN FERNAU

□ □ □

AUS R. ROLLANDS „JOHANN CHRISTOF“

Wehe der Seele, die sich nicht fruchtbar fühlt, die nicht schwer ist von Leben und Liebe, wie ein Blütenbaum im Frühling! Die Welt mag sie mit Ehren und Glück überschütten: sie krönt einen Leichnam.

* * *

Der erfahrene Künstler weiß sehr gut, dass die Offenbarungen selten sind, und dass es dem Verstande überlassen bleibt, das intuitiv empfangene Werk zu vollenden; er keltert seine Gedanken und entpresst ihnen bis zum letzten Tropfen den göttlichen Saft, der sie schwellt.

* * *

Alle Freuden im Leben sind auch Freuden des Schaffens: Liebe, Genie, Tatfackeln der Macht, aus einem einzigen Feuer entflammt. Schaffen im Leiblichen, oder Schaffen im Geistigen heißt dem Gefängnis des Körpers entfliehen, heißt, sich in den Sturm des Lebens stürzen, heißt Der sein, welcher *ist*. Schaffen heißt den Tod besiegen.

□ □ □